

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang: Wien, Mittwoch, den 23. April 1920, Nr. 145.

---

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Sonntag werden in den Bezirken 8 bis 12 ausländische Kartoffeln zum Preise von K 8.60 per kg, und zwar 1  $\frac{1}{2}$  kg (einhunderthalb) pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte „D“ „E“ und „F“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Der Verkauf in der Großmarkthalle. In dieser Woche findet der Verkauf von Zubaßen in der Großmarkthalle bereits am Freitag statt. Abgegeben wird Rauchfleisch zum Preise von 100 K pro kg gegen Abtrennung des Abschnittes „49“ des rotgedruckten alten Einkaufscheines. Auch rayoniertes Rindfleisch kommt zum Verkauf. Samstag den 1. Mai ist die Großmarkthalle geschlossen.

Mietzinsabgabe. Es wird aufmerksam gemacht, daß Veränderungen in der Höhe des Mietzinses sowie Leerstellungen und Wiedervermietungen anzeigepflichtig sind. Zu dieser Anzeige sind ausschließlich Formularien zu verwenden, welche in den städtischen Steueramtsabteilungen erhältlich sind. Die ausgefüllten Formularien sind in zweifacher Ausfertigung in der zuständigen Steueramtsabteilung zu überreichen.

Entziehung der Standbewilligung in der Großmarkthalle. Den Inhabern von Fleischverkaufsständen in der Großmarkthalle Arnold Steiner und Samuel Berglas wurden mit Erkenntnissen des Magistrates die Standbewilligungen in der Großmarkthalle wegen Hinterziehung von Waren entzogen und über sie die Ausschließung aus der Halle verhängt. Die Genannten haben von dem ihnen zum Verkauf zugewiesenen Rauchfleisch einen Teil dem allgemeinen Verkauf dadurch entzogen, daß sie Fleisch in einem Verstecke auf dem Verkaufsstand verwahrt hielten, wobei Steiner 31 kg von 185 kg und bei Berglas 41 kg von 162 kg vorgefunden wurden, obwohl zur selben Zeit noch eine große Menge unbefriedigter Verbraucher in der Halle anwesend waren. Gegen die Erkenntnisse des Magistrates haben die beiden Standinhaber die Berufung an den Stadtrat ergriffen. Der Stadtrat hat nun in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dieser Berufung keine Folge zu geben.

Vermißt. Der 16 jährige Praktikant Adolf Chlup ist seit 21. April abgängig. Er ist ein schwächlicher, schwacher Bursche mit blasser Gesichtsfarbe, dunkelbraunem gekräuselttem Haar, als besonderes Merkzeichen je eine Warze rechts und links vom Kehlkopf. Er war zuletzt mit dunkelgrauen, schwarzen Rock und lichten grauen Hut bekleidet. Zweckdienliche Mitteilungen werden an die Familie Chlup in Kritzdorf, Hauptstrasse 94, erbeten.

+ + +

Um gefällige Aufnahme vorstehender Notiz ersucht StR. Breitner.

Wien, Mittwoch, den 28. April 1920. Abendausgabe.

Der Kampf um die republikanischen Strassennamen. StR. Richter be-  
richtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Durchführung  
des am 6. November 1919 gefasster Stadtratsbeschlusses, nachdem  
eine Anzahl von Strassen und Plätzen neue Namen zu erhalten haben.

Es handelt sich insbesondere um folgende Umbenennungen: Franzens-  
ring in Ring des 12. November, Kaiserin Zita Ring in Kärntner Ring,  
Kaiser Karl Ring in Opernring, Eugenplatz in Viktor Adlerplatz,  
Eugengasse in Bernerstorfergasse, Albrechtgasse in Goethegasse,  
Albrechtsplatz in Revolutionenplatz, Erzherzog Karl Platz in Volke-  
werplatz, Kronprinz Rudolfstrasse in Lassallestrasse, Richardgas-  
se in Jaureggasse, Maximilianplatz in Freiheitsplatz, Aufmarsch-  
strasse in Karl Marxstrasse, Habsburgplatz in Schuhmeierplatz,  
Stefanieplatz in Pöbelplatz, Luisengasse in Momeggasse, Rainerplat-  
z in Suttnerplatz. Außerdem wurden mit dem zitierten Beschlusse eine  
ganze Reihe von Strassennamen geändert, die nach unbekanntem Erzher-  
zogen und Erzherzoginnen benannt und jetzt durch Namen von hervorra-  
genden Vertretern von Kunst und Wissenschaft ersetzt werden sol-  
len. In seinem Referate stellte der Berichterstatter fest, dass die  
Kosten dieser Umbenennung entgegen den seinerzeitigen Meldungen  
einzelner Tagesblätter nicht 3 Millionen Kronen, sondern bloß einen  
Betrag von 100.000 K erfordern, wovon 50.000 K noch im laufenden  
Jahre zur Verwendung gelangen sollen, und beantragt die Bewilligung  
dieses Betrages.

An dieses Referat knüpfte sich eine vielstündige Debatte, in  
christlichsozialen  
der sämtliche Mitglieder des Stadtrates Stellung nahmen. Die Obstruk-  
tionsabsicht der Christlichsozialen trat besonders deutlich hervor,  
als die StRe. Vaugohn und Biber zu außerordentlich langen Ausführun-  
gen zum zweiten Mal das Wort ergriffen. Die christlichsozialen Red-  
ner wendeten sich gegen die Kosten der Umbenennung und erklärten ins-  
besondere die Umbenennung für überflüssig und unzeitgemäß. StR. Jo-  
sef Müller beantragte, über diese Frage eine Volksabstimmung einzu-  
leiten und falls der Referentenantrag angenommen, und der Beschluss  
durchgeführt würde, dass die alten Strassentafeln aufbewahrt werden  
sollen, damit man sie benützen könne, wenn sie wieder gebraucht  
werden. Da die Majorität auf die offenkundigen Obstruktionsabsichten  
der Christlichsozialen nicht reagierten gaben diese die Obstruktion  
nach vierstündigem Reden auf und StR. Breuer nahm nur das Wort zu  
einer Erklärung. Die Auslagen für die Umbenennung bezeichnete er als  
sinnlose Verschleuderung von Gemeindegeldern. Er versicherte, dass  
die Christlichsozialen diese etwas lange Debatte, die sich von  
anderen Stadtratsdebatten unterscheidet, nicht als Obstruktion  
auffassend sondern nur beweisen wollen, wie ernst sie diese An-  
gelegenheit nehmen. Am Schlusse seiner Rede stellte er

in seinem sowie im Namen des StR. Schmid den Antrag, den verlung-  
ten Betrag dem Spital der Barmherzigen Brüder zuzuwenden. Im Na-  
men der Majorität antwortete ~~der~~ StR. Speiser. Er stellte fest,  
dass es außer allem Zweifel stehe, dass die Christlichsozialen  
den Versuch gemacht hätten, die Bewilligung der Mittel für die  
Durchführung dieses schon längst gefassten Stadtratsbeschlusses  
zu vereiteln. Dieser Versuch sei mißglückt und die Christlichso-  
zialen hätten ~~sich~~ <sup>sich</sup> das Obstruieren ~~natürlich~~ <sup>jetzt</sup> überlegt. Die ganze  
Debatte sei im Gegensatz zu den Behauptungen des StR. Breuer ein  
Beweis dafür, wie unernst die Opposition in dieser Sache vorgehe.  
Bei einer ähnlichen Angelegenheit hätte die Opposition früher  
den bekannten Exodus aus Stadt- und Gemeinderat vollzogen; auch  
das heutige Mittel, den Willen der Minderheit mit Gewalt durchzu-  
setzen, habe versagt. Die angeblich sachlichen Argumente, die die  
Herren der Opposition angeführt haben, seien in Wahrheit demago-  
gischer Natur. Der Betrag von 100.000 K falle im Verhältnis zum  
Budget einerseits und zu der großen ideellen Bedeutung der Umbenen-  
nung von Strassennamen im republikanischen Geiste andererseits  
durchaus nicht so schwer in die Waagschale. Besonders der Antrag,  
bei dieser Gelegenheit den Barmherzigen Brüdern 100.000 K zuzuwen-  
den, sei auf den ersten Blick als Demagogie zu erkennen. Die Mehr-  
heit habe ~~schon~~ <sup>wahrlich</sup> bewiesen, daß <sup>sie</sup> für ~~ihre~~ <sup>ihre</sup> humanitären Zwecke volles  
Verständnis habe. Die Art wie die Herren der Minderheit diese  
Sache behandelt haben, schließe die Vermutung nicht aus, dass sie  
aus derselben Stimmung entspringe wie sie allerdings auf einen  
sehr kleinen Kreis beschränkten Vorgänge an der Universität und  
bei den letzten reaktionären Demonstrationen, bei denen ja auch  
die „Hoch Horthy!“- und „Hoch Habsburg!“-Rufe eine Rolle gespielt  
haben. Der Antrag des StR. Josef Müller, die Tafeln mit den  
monarchistischen Strassennamen aufzuheben, weil sie wahrscheinlich  
in Bälde wieder gebraucht werden würden, sei dafür doch außeror-  
dentlich bezeichnend. Die revolutionäre Energie, aus der die Umbe-  
nennung der Strassen entsprungen ist, lebt in den arbeitenden  
Massen dieser Stadt in alter Kraft weiter. Das werden diejenigen,  
die daran nichtglauben wollen in den nächsten Tagen bei der Ar-  
beiterdemonstration am 1. Mai wieder zu erfahren Gelegenheit ha-  
ben. Referent StR. Richter beschränkt sich in seinem Schlußworte  
darauf, festzustellen, dass die Kosten der Umbenennung nur des-  
halb so niedrig sind, weil das alte Material zur Verwendung ge-  
langt. Aus diesem Grunde gehe es nicht an, dem Wunsche des StR.  
Josef Müller zu entsprechen die Tafeln aufzuheben. Wenn die Her-  
ren glauben sie wieder zu brauchen, müssten sie sich die Mühe neh-  
men neue zu gießen. Von einer sinnlosen Verschleuderung der Ge-  
meindegelder könne keine Rede sein, er halte es im Grunde genommen  
für nichts anderes als einen Ausfluss des Reinlichkeitsgeföhles,  
wenn im Strassenbilde Wiens die monarchistischen Namen verschwin-

den. Vor der Abstimmung erklärte  
einer der höchsten Stadtratsmitglieder einen Bericht vorlegen,  
über die Ausgaben, die unter der sozialdemokratischen Verwaltung

Hgm. Neumann, er werde in

von der Gemeinde für Parnergezwänge aufgewendet worden sind, und  
die in die Millionen gehen. Die christlichsozialen Anträge wurden  
bei der Abstimmung abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.